

Leserbrief  
zur Problematik des Parkhausprojektes in der Bahnhofstrasse

Der jetzt vorliegende Vertragsentwurf zur Bewirtschaftung des geplanten Parkhauses in der Bahnhofstrasse, der offensichtlich von der Oberbürgermeisterin Katja Wolf favorisiert wird, stellt nach meiner Auffassung für die Stadt Eisenach ein untragbares finanzielles Risiko dar. Der Investor versucht alle Kosten und finanzielle Risiken auf die Stadt Eisenach zu übertragen. Wie in der Ausgabe vom 06.01.2017 mitgeteilt, soll die jährliche Pachtgebühr, die die Stadt zu tragen hätte, 400.000 € betragen. Das gilt aber nur für das erste Jahr. Danach steigt die Gebühr um jährlich weitere 25.000 € auf schließlich 500.000 € an. Dazu kommt, dass die Stadt sämtliche laufende Kosten, wie Versicherung, Beleuchtung, Sicherheit, Brandschutz usw. zu tragen hätte. Hinzu kommen noch die Aufwendungen für die Instandhaltung des Gebäudes, die wie jeder weiß, normalerweise vom Gebäudeeigentümer zu tragen sind. Nicht so in diesem Vertrag. Auch diese soll die Stadt Eisenach übernehmen.

Die bisher genannten jährlichen Betriebskosten betragen mindestens 250.000 €. Das bereits mit diesem Betrag geschätzte Defizit von 300.000 € jährlich wird sich logischerweise noch um die steigenden Pachtgebühren erhöhen. Die beiden kleineren Parkhäuser Hinter der Mauer und Uferstraße belasten die Stadt bereits mit einem Defizit von jährlich ca. 280.000 €. Da das neue Parkhaus mit 629 Stellplätzen viel größer geplant ist, muss man kein Prophet sein, um vorherzusehen, dass das Defizit dort höher sein wird. Hinzu kommt, dass damit auch Kunden aus den bisherigen Parkhäusern abgezogen werden. Das bedeutet, dass die Auslastung dort eher sinken und das Defizit noch ansteigen wird. Weiterhin sollen die Innenstadtparkplätze deutlich reduziert werden um das Parkhaus zu füllen. Diese verursachen, außer für die Parkautomaten, praktisch keine Kosten und spülen jährlich ca. 900.000 € in die Stadtkasse. Werden diese kostengünstigen Stellplätze nun durch kostenintensive im Parkhaus ersetzt, gehen auch hier die Einnahmen zurück.

Der Marktbetreiber möchte für seine Kunden 90 Minuten kostenfreies Parken. Auch diese Mindereinnahme soll die Stadt Eisenach nach meiner Information, zu einem erheblichen Teil ersetzen.

Wer in der letzten Zeit die Berichterstattung im mdr verfolgt hat, konnte erfahren, dass viele Kommunen in Thüringen und Sachsen versuchen ehemalige Eigenbetriebe, wie Abfallentsorgung, Trinkwasser usw., die sie nach der Wende an private Firmen abgegeben haben, nun mit Hilfe des Landes zurückzukaufen. So braucht man nur die tatsächlichen Kosten zu decken. Nahm man sich einen privaten Betreiber musste man logischerweise auch noch dessen Gewinnspanne mit bezahlen. Das zeigt wie risikobehaftet Verträge der Kommunen mit privaten Unternehmen sein können. Nicht umsonst sind solche Verträge in einigen EU-Ländern, so in Frankreich, verboten, weil auch dort Kommunen in große finanzielle Belastungen gerieten. Diese Erkenntnis scheint sich noch nicht bis ins Eisenacher Rathaus durchgesetzt zu haben. Wie könnte man sonst einen solchen Vertrag seinem Stadtrat überhaupt guten Gewissens vorlegen. Die Oberbürgermeisterin hatte bei dem ähnlichen Vertrag zum Parkhaus Hinter der Mauer, damals noch in der Opposition, heftig gegen einen solch nachteiligen Vertrag protestiert und sogar mit rechtlichen Schritten gedroht. Nun

scheinen diese Bedenken, die sich zudem als völlig berechtigt erwiesen haben, nur mit noch viel höherem Risiko, völlig vergessen zu sein. Offensichtlich will man sein Prestigeprojekt, das zudem städtebaulich und verkehrstechnisch höchst bedenklich ist, um jeden Preis zu Ende bringen. Nur den Preis zahlen wir alle, nicht nur mit steigenden Parkgebühren und Staus in der Bahnhofsstraße.

Durch das zu erwartende steigende Defizit wird immer weniger Geld für die freiwilligen Aufgaben der Kommune zu Verfügung stehen. Nicht umsonst steht die Abwicklung der städtischen Museen mit dem Verkauf der Reuter-Wagner-Villa nach wie vor im Haushaltssicherungskonzept. Auch für Kultur, Sport, Jugendarbeit und Schulen stehen mit steigendem Defizit immer weniger Mittel zur Verfügung. Und das nur um mit unseren ohnehin spärlichen Haushaltsmitteln einem privaten Unternehmen eine steigende Gewinneinnahme zu sichern? Jetzt versteht man auch, warum die Zahl der Stellplätze von 2015 noch 450 Stck. auf 629 erhöht wurde, obwohl auf dem Brauereigelände ein neuer innenstadtnaher Parkplatz hinzukam. Verkehrstechnische Erfordernisse waren es wohl eher nicht. Man kann nur allen Stadtratsmitgliedern empfehlen einen solch untragbaren Vertrag, der auch durch angestrebte Schönheitskorrekturen nicht besser wird, entschieden zurückzuweisen.